

LandesElternBeirat

Rheinland-Pfalz

Heft 1/2005 März 2005



Jessica Czogalla, 17 Jahre, Berufl. Gymnasium Neuwird

Aus dem Inhalt:

Rückgang von Schülerzahlen Wohnortnahes Schulangebot sichern	Seite 3
Umfrage Ferien ändern oder belassen?	Seite 4-5
Leserbriefe Was ich noch zu sagen hätte	Seite 9
Abschied von Helga Wagner Elternfortbildung erhält neue Struktur	Seite 16

Wir sind der Meinung Komma dass...

die Diskussion um ein Rauchverbot an allen Schulen zielführender sein muss, als sie es derzeit ist.

Das Ziel aber kann nur heißen: Schulen sind rauchfreie Zonen.

Es ist interessant zu sehen, zu hören und zu lesen, wer sich dem Wunsch nach rauchfreien Schulen nicht anschließen möchte.

Da ist zum Beispiel die Kultusministerin Schavan in Baden-Württemberg. Ein generelles Rauchverbot würde nur dazu führen, so die Oberpädagogin, dass die Schüler einfach die Straßenseite wechseln und dann eben außerhalb des Schulgeländes ihrem Drang nach Nikotin nachgeben. – Ach, so ist das!?!

Na, dann darf es auch kein Parkverbot mehr auf Straßen geben, denn der Autofahrer könnte sich ja genötigt sehen, auf dem Gehweg zu parken. Und das wollen wir doch verhindern! Also: Weg mit den Parkverbotsschildern. Und das Verbot, in Parkanlagen seinen Abfall zu entsorgen, ist auch Quatsch, denn man würde den Bürger mit seinem Schrott nur in den Wald abdrängen. – Wer so argumentiert, argumentiert eigentlich gar nicht, sondern sucht Ausflüchte vor notwendigen konsequenten Schritten.

Aber da gibt es ja auch noch die GEW. Sie ist strikt gegen ein generelles Rauchverbot in Schulen. GEW heißt GEWERKSCHAFT ERZIEHUNG UND WISSENSCHAFT. Fragt sich nur, warum an den Schulen weiter gequalmt werden soll? Was hat das mit Erziehung zu tun? Und was, bitte schön, ist daran wissenschaftlich? – Wenn man so fragt, wird einem die peinvolle Situation der GEW sofort ersichtlich. Hier wird gar nicht im Hinblick auf Erziehung und Wissenschaft argumentiert, sondern hier geht es um die Interessen der Lehrerinnen und Lehrer, die auch während ihrer Dienstzeit nicht vom Glimmstengel lassen können. – Ganz recht: Während ihrer Dienstzeit! Denn ein Lehrer ist in der Schule grundsätzlich im Dienst; entweder im Unterricht oder in der unterrichtsfreien Dienstzeit. Und der einen essentiellen Unterschied betonende Grundsatz „Dienst ist Dienst und Dunst ist Dunst“ könnte, so man ihn vertreten würde, in der Mitgliederschar zu Unbehagen führen. – Ach, so ist das!?!

Und da gibt es auch noch das Bildungsministerium in Mainz. Die Ministerin lässt verlautbaren, die Schulen seien in der Verantwortung. Generell solle nichts geregelt werden, aber die Schulen könnten doch, jede für sich, in eigener Kompetenz, ganz nach dem Willen der Schulgemeinschaft, eigenverantwortlich, völlig selbständig, im Rahmen ihrer Entscheidungsmöglichkeiten, und sicherlich auf freiwilliger Basis, blah, blah, blah. – Ach, so ist das!?!

Und wir, der LEB in Rheinland-Pfalz? Was ist mit uns? – Wir brüten noch. Aber wir werden uns noch verbindlich äußern. Brauchen noch etwas Zeit. Meinungsbild und so. Aber irgendwann werden wir wirklich verbindlich erklären, was wir dann meinen werden. Bis jetzt sind wir erst mal gegen das Rauchen an Schulen. Aber so ein radikales generelles Verbot ist eine heikle Sache! – Ach, so ist das!?!

Na, dann!

Dr. Klaus Neulinger

Fortsetzung von Seite 3

oder um eine integrierte Schule handelt, sei nicht nur eine pädagogische Frage sondern eine Frage des Schüleraufkommens. Mit 150 bis 200 Schülerinnen pro Jahrgang könnten womöglich drei parallele Bildungsgänge zu begründen sein, mit weniger als 100 sei das nicht mehr möglich.

Die Frage nach der Oberstufe beantwortet Rösner mit dem Vorschlag von Oberstufenzentren, die Schülerinnen und Schüler mehrerer gymnasialer Bildungsgänge aufnehmen könnten.

Schulorganisatorische Maßnahmen seien weder Selbstzweck noch Allheilmittel, aber sie könnten dazu beitragen, Bildungsangebote zu erhalten und Standorte zu sichern. Eigenständige parallele Bildungsgänge hält er konzeptionell für überlebt und für einen Luxus, den wir uns vermutlich nicht mehr lange leisten könnten.

(Den kompletten Vortrag Dr. Rösners finden Sie auf unserer Homepage.)

Auch die Eltern entscheiden auf unterschiedlichen Ebenen mit, ob Land und Schulträger in Rheinland-Pfalz die Personallösung, die Transportlösung oder die Strukturlösung wählen, um auf den Rückgang der Schülerzahlen zu reagieren. Das rheinland-pfälzische Schulgesetz lässt sowohl integrierte Schulen als auch Schulverbände und somit schulorganisatorische Maßnahmen zu.

Marie-Charlotte Opper-Scholz

Impressum

Herausgeber

Landeselternbeirat Rheinland-Pfalz

Redaktion

Dieter Dornbusch (verantwort.)

Geschäftsstelle

Wallstraße 3
55122 Mainz

Telefon 061 31- 16 29 26
Fax 061 31- 16 29 27
<http://leb.bildung-rp.de>
leb@mbfj.rlp.de

Elternarbeit in Rheinland-Pfalz erscheint vierteljährlich und wird allen Schulleiterinnen und Schulleitern über die Schulleitungen zugestellt.

Landeselternsprecher

Landeselternsprecher

Dieter Dornbusch, In der Wolfshecke 3
56412 Holler
Tel.: 02602 - 9995803, 0171 - 2117870
Email: dieter.dornbusch@web.de

Stellvertretende Landeselternsprecher

Gabriele Weindel-Güdemann, Verdistr. 33
67346 Speyer, Tel.: 06232 - 43393
Email: gabwng@t-online.de

Franjo Schohl, Skagerrak-Str. 20
55128 Mainz, Tel.: 06131-366327
Email: Franjo.Schohl@web.de

Beisitzer

Birgit Hesch; Dr. Klaus Neulinger; Knuth
Haußmann; Harald Linka; Werner
Maurus

Regionalelternsprecher

Koblenz

Joachim Zimmermann,
Vor der Hohnert 1
57537 Wissen, Tel.: 02742-4565
Email: Bruensel@aol.com
Herbert Woidtke, ständiger Vertreter im
LEB, Karolinger Str. 61, 56567 Neuwied,
Tel.: 02631-76803
Email: Herbert.Woidtke@t-online.de

Neustadt

Michael Reinartz, Nordring 7
76889 Schweigen-Rechtenbach
Tel.: 06342-919110
Email: michael-reinartz@t-online.de

Trier

Michael Geisbüsch, Am Sterenbach 27
54516 Wittlich, Tel. 06571-69926
Email: m.geisbuesch@fh-trier.de

Wohnortnahes Schulangebot sichern

Kein Schulschließungsprogramm in Rheinland-Pfalz

Schulschließungen rufen immer den erbitterten Widerstand der betroffenen Eltern, Schülerschaft und Lehrerkollegien hervor. Für den Erhalt kleiner Grundschulen und einer wohnortnahen Schulversorgung sprechen sich auch die Regionalelternbeiräte aus. Der Rückgang von Schülerzahlen wird von den Gemeinden zum Anlass genommen, Schulen zu schließen um Kosten zu sparen. Eltern hingegen ziehen in vielen Fällen sogar altersgemischte Klassen einem weiteren Schulweg und den damit verbundenen Unannehmlichkeiten des Schülertransportes vor.

Es ist kein Geheimnis: Die Geburtenzahlen gehen zurück, die Schülerzahlen sinken. In den Grundschulen mancher Regionen ist das schon deutlich spürbar, in absehbarer Zeit werden auch weiterführende Schulen davon betroffen sein. Im Saarland plant die Landesregierung von 269 Grundschulen nur 178 zu erhalten, jede dritte Grundschule wird geschlossen. Auch nach der „Schulreform“ rechnet man dort mit einer durchschnittlichen Klassengröße von 22 Kindern und einer Schuldichte, die immerhin noch doppelt so hoch sei wie in Rheinland-Pfalz.

Maßnahmen in Rheinland-Pfalz
Aufgeschreckt durch das Schulschließungsprogramm der saarländischen Landesregierung wandte sich Landeselternsprecher Dieter Dornbusch an Staatssekretär Hofmann-Göttig mit der Frage nach den Plänen im Mainzer Bildungsministerium. Mit welchen Maßnahmen will man in Rheinland-Pfalz auf den demographischen Wandel reagieren?

Aus der Antwort wird deutlich, dass das Land in der Regel keine Schulschließungen veranlassen wird. Im § 13 des Schulgesetzes lässt es einzügige Grundschulen und sogar Ausnahmen von dieser Mindestgröße zu. An ca. 60 Standorten werden in Rheinland-Pfalz derzeit Schulen mit kombinierten Klassen erhalten.

Die Initiative für Schulschließungen gingen hier meist von den zuständigen Schulträgern aus. Sie würden von der Schulaufsichtsbehörde intensiv geprüft und begleitet. Das Land werde bei dieser Reaktion auf den Einzelfall bleiben, so Hofmann-Göttig in seiner Antwort an den Landeselternsprecher.

Genau dies hält allerdings der ehemalige Regionalelternsprecher Horst Kruse für bedenklich. Während seiner Amtsperiode sei dem Regionalelternbeirat Trier eine Fülle von Benehmensanträgen vorgelegt worden, die sich auf Schulträgerforderungen hin mit der „wirtschaftlichen Optimierung“ von Schulbezirken befassten. Ziel sei in der Regel eine zu erwartende Aufhebung von Grund- und Hauptschulen. Die Entscheidungen würden fast ausschließlich im Sinne der Schulträger gefällt. Sie führten zu

mosaikförmigen Veränderungen und entbehrten einer übergeordneten, die regionale Bedeutung dieser Maßnahmen erfassenden Sicht, so Kruse in seinem Strategiepapier am Ende seiner Amtszeit. Er fordert „deshalb die zuständigen Stellen auf, eine umfassende Neukonzeption der Grund- und Hauptschulstandorte zu erarbeiten, die die pädagogischen Erfordernisse vernünftig abdeckt, dem Bildungsauftrag in bestmöglicher Weise nachkommt und den Eltern auf Jahre hinaus Planungssicherheit bietet.“

Von sinkenden Schülerzahlen zu flexiblen Bildungsgängen
Dr. Ernst Rösner vom Institut für Schulentwicklungsforschung der Universität Dortmund hielt am 16. September 2004 einen beachtenswerten Vortrag auf dem bildungspolitischen Symposium des VBE mit dem Thema „Entwicklung der Schülerzahlen – Konsequenzen für die Sicherung eines wohnortnahen Schulangebots“. In den alten Bundesländern prognostiziert er im Grundschulbereich bis 2018 einen Rückgang der Schülerzahlen von 25% im Vergleich zum 1998 verzeichneten Hochpunkt. Im Bereich der Sekundarstufe I rechnet er mit einem Rückgang der Schülerzahlen von 2003/04 bis 2020 um 24%. Natürlich seien diese mutmaßlichen Veränderungen summarisch, zwischen ländlichen und städtischen Regionen, ja sogar innerstädtisch müsse differenziert werden. Auch Wanderungsbewegungen (Wohnsitzwechsel im Umfeld von Großstädten oder Umzug aus den Zentren in die Peripherien) machten die Prognosen unwägbar.

Die größte Unwägbarkeit im Bereich der Sekundarstufe I sei allerdings das Schulwahlverhalten. Er bezieht sich auf Erfahrungen aus den achtziger Jahren (nach dem Pillenknick) und erwartet, dass mit zunehmendem Rückgang der Schülerzahlen die Gymnasien die Tore öffnen. (Er zitiert den früheren Bundesvorsitzenden Egbert Jancke, der schon 1978 schrieb: „Wir werden vor Freude noch tränende Augen bekommen, wie viel Begabungsreserven das Gymnasium in dem ‚geborenen‘ Hauptschüler entdecken wird.“) Dadurch werden die Verluste der Gymnasien deutlich geringer

ausfallen als der Rückgang der Schülerzahlen allgemein, die der Hauptschule wesentlich stärker. Die Realschulen werden quantitativ weniger von einer Veränderung betroffen sein, qualitativ umso mehr. Wenn die Anteile an den Schülern in der Hauptschule sinken und die des Gymnasiums gleichzeitig steigen, verändert sich zwingend die Schülerpopulation der Realschule. Neben den Grundschulen könnten also insbesondere Hauptschulen von Schulschließungen betroffen sein.

Rösner zitiert die drei Handlungsoptionen beim Rückgang von Schülerzahlen nach Klaus Klemm wie folgt: Personallösung, Transportlösung und Strukturlösung. Als Personallösung beschreibt er die Möglichkeit, mit kleineren Klassen zu arbeiten um den Preis eines höheren Lehrerberarfs, also eine teure Lösung, die außerdem in unterschiedlichen Schulen ungleiche Arbeitsbedingungen in Kauf nimmt. Eine Transportlösung impliziert Schulschließungen. „Wer keine wohnortnahe Schule mehr vorfindet, steigt in den Bus und wird zur nächst gelegenen Schule derselben Schulart gefahren“. Das kostet auch, aber weniger als die Personallösung.

Was bedeutet nun die Strukturlösung?
Rösner stellt fest: „Mit Blick auf die Stabilität einer Schule im Zeichen sinkender Schülerzahlen sind verbundene Bildungsgänge isolierten Einzelschulen überlegen, ein integriertes System wiederum einem wie auch immer gegliederten.“ Er hält kleinere Bildungsgänge für leichter begründbar, wenn sie Bestandteil einer Schule mit mehreren Bildungsgängen sind. Je kleiner eine Schule ist, desto höher fällt der Personalkostenanteil für Land und Schulträger aus. Mit Blick auf die öffentlichen Finanzen sei das kein Nebenaspekt mehr. Rösner formuliert das Leitziel der Entwicklung von vollständigen Angeboten, also alle Grundschulabsolventen sollen in eine gemeinsame Schule überwechseln.

Ob es sich bei der gemeinsamen Schule um einen Verbund der drei traditionellen Bildungsgänge, um ein teilintegriertes Modell

Fortsetzung auf Seite 2

Ferienordnung: Ändern oder belassen?

Was meinten die Eltern?

Der LEB hat eine Umfrage gestartet, deren Ergebnisse einen Anhalt dafür bieten sollten, wie das Votum des Landeselternbeirates in der Frage einer denkbaren Neuordnung der Jahres-Ferienstruktur auszufallen hätte. In der Elternzeitung, auf der Internetseite des LEB und in den öffentlichen Medien wurde ausführlich über das Vorhaben berichtet.

Die in den Schulen wie in der Öffentlichkeit gleichermaßen geführte Diskussion über Sinn und Unsinn einer Neuordnung der Schulferien haben zum Teil Missverständnisse, zum Teil auch mangelhafte Kenntnisse hinsichtlich dessen, was der LEB zu leisten hat, erkennbar werden lassen. Ein hauptsächlich von solcher Unkenntnis getragener Einwand gegen die Aktivität des LEB in dieser Sache war gekleidet in die Frage, ob der LEB nichts Besseres zu tun habe, als eine Diskussion über die Neuordnung der Ferien vom Zaun zu brechen, noch dazu in Zeiten erschreckender PISA-Ergebnisse. Davon abgesehen, dass sich der Zusammenhang zwischen einer denkbaren Neuordnung von Schulferien und den PISA-Ergebnissen einem vernünftig denkenden Menschen ohnehin nicht erschließen mag, sei hier angemerkt, dass die Bearbeitung der Ferien-Frage keine überflüssige Kür des LEB war, sondern zu dessen Pflichtprogramm zu zählen ist. Die Beschäftigung mit dieser Frage hätte vom LEB überhaupt nicht unterbleiben dürfen, denn einerseits muss der LEB zum Thema Schulferien gehört werden, andererseits hat er eine Stellungnahme hierzu gegenüber dem Schulministerium abzugeben. – Und da war es durchaus legitim, sachorientiert und zielführend, wenn der LEB sich umhörte, wie und was in der Elternschaft zu dieser Frage gedacht wird.

Nun aber zu den Ergebnissen unserer Umfrage:

Die Umfrage war inhaltlich so konstruiert, dass die Schulelternbeiräte sich für eines von insgesamt fünf Modellen zur Jahres-Ferienstruktur entscheiden konnten. Zur Erinnerung:

- Das Modell 1 sah vor, alles beim Alten zu belassen.
- Das Modell 2 sah Winterferien um die Faschingszeit herum vor, die durch fünf aus Oster- oder Herbstferien herausgelösten Ferientagen „gespeist“ werden sollten.
- Das Modell 3 sah Frühlingsferien um Pfingsten herum vor bei gekürzten Oster- oder Herbstferien.

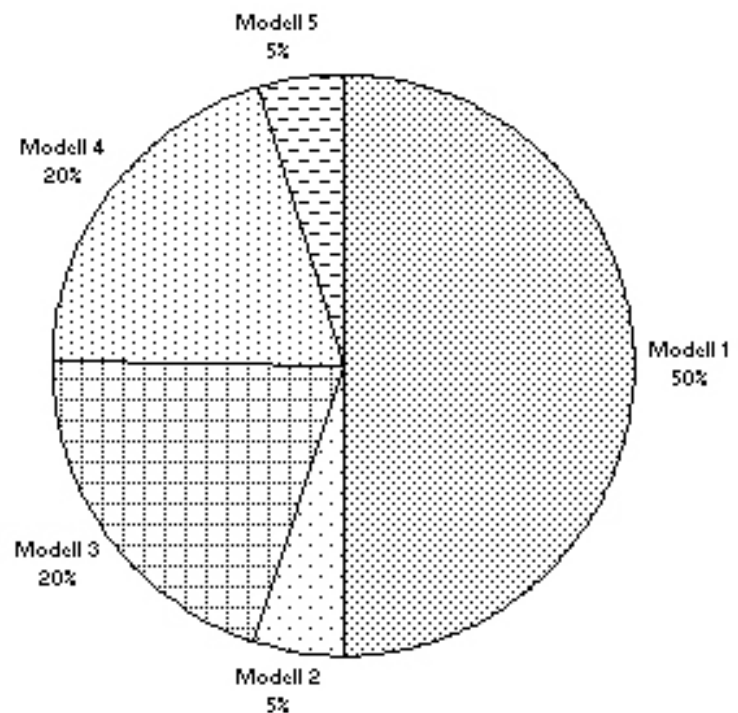
- Das Modell 4 sah eine flexible Regelung zwischen Winter- und Frühlingsferien vor, je nach Lage von Ostern und Sommerferienbeginn.
- Das Modell 5 sah vor, die herausgelösten Oster- oder Herbstferientage den Schulen als weitere fünf bewegliche Ferientage zur Verfügung zu stellen.

Von den insgesamt 1762 Schulen des Landes haben sich Schulelternbeiräte von 652 Schulen (37 %) zu Wort gemeldet und ihre Stimmen abgegeben.

Wenn man aus den eingegangenen Stimmabgaben die Schulen herausfiltert, die mehrfach votiert haben, so kommen 559 gültige Stimmen zur Auswertung.

Mit genau 50 % (280 Stimmen) haben sich die mit einer Stimme sprechenden Schulelternbeiräte dafür entschieden, alles beim Alten zu belassen und keine Änderung der Ferienordnung herbeizuführen. Jeweils nur 20 % (113/112 Stimmen) waren für Modell 3 bzw. Modell 4, und weit abgeschlagen landeten mit jeweils 5% (28/26 Stimmen) die Modelle 2 und 5. (vgl. Schaubild 1)

Schaubild 1: eine Stimme pro Schule



Eigentlich war es die Intention des LEB, dass jeder Schulelternbeirat nur mit einer Stimme spricht; verschiedentlich wurden aber aus einer Schule mehrere Voten abgegeben. Dieser Tatsache Rechnung tragend wurden zwei Auswertungen vorgenommen, was zwar im Ausprägungsgrad der Einzelergebnisse zu (nicht signifikanten) Unterschieden, in der Tendenz aber zu fast deckungsgleichen Ergebnissen führte. (vgl. Schaubild 3)

Wenn man alle eingegangenen Voten berücksichtigt, so kamen aus den 652 beteiligten Schulelternbeiräten 826 Stimmen. Bei der Auswertung aller dieser Stimmen liegt der Modalwert (größte Häufigkeit) mit 45% (375 Stimmen) ebenfalls bei Modell 1. Auch bei dieser Auswertung liegen die Modelle 3 (21%/173 Stimmen) und 4 (22% / 179 Stimmen) dicht beieinander, während die Modelle 2 und 5 (7%/56 Stimmen bzw. 5%/43 Stimmen) am wenigsten in Vorschlag gebracht wurden. (vgl. Schaubild 2)

Insgesamt ist deutlich, dass es für die Bewertung des Umfrageergebnisses keine wesentliche Rolle spielt, welche Auswertungsart herangezogen wird.

Nach Lage der Dinge konnte das Ergebnis der Umfrage vom Gremium des LEB nur dahingehend interpretiert werden, dass für eine Veränderung der bestehenden Ferienregelung in Rheinland-Pfalz die Zeit (noch?) nicht gekommen ist.

Dementsprechend wurde der Vorstand des LEB vom Gremium beauftragt, dem Ministerium für Bildung, Frauen und Jugend die Zustimmung zum von dort vorgelegten Ferienplan zu erteilen, was die Beibehaltung der bisherigen Jahres-Ferienstruktur bis mindestens zum Schuljahr 2011/12 bedeuten wird.

Dr. Klaus Neulinger.

Schaubild 2: alle eingesandten Stimmen

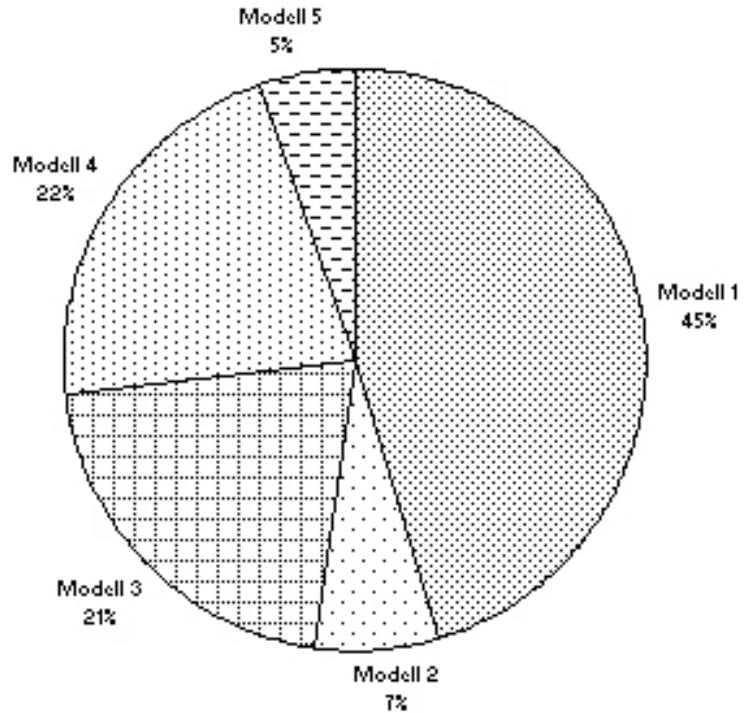
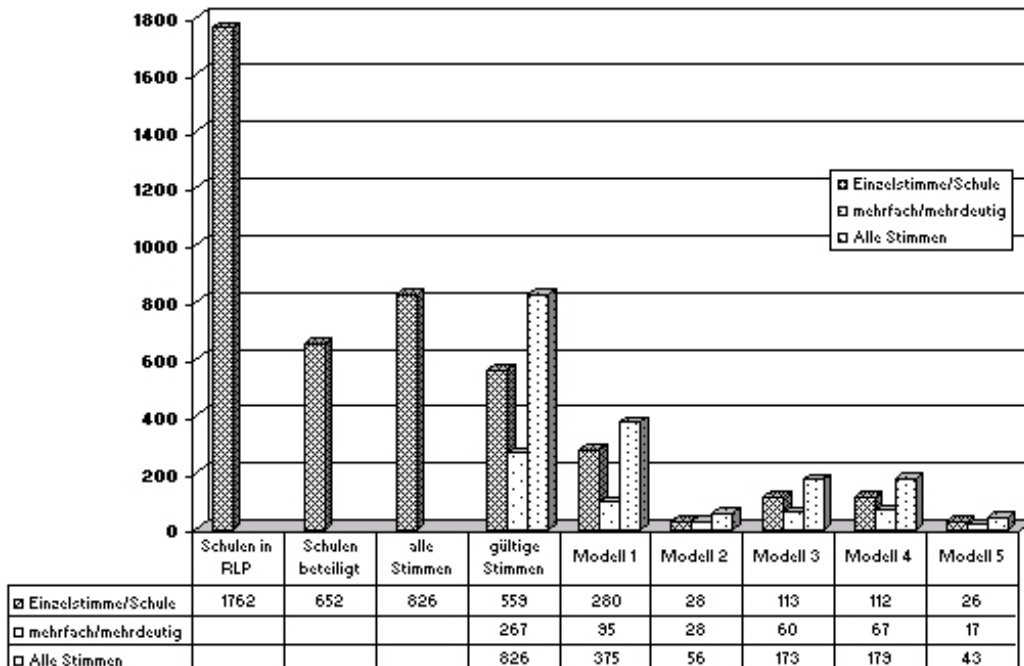


Schaubild 3: Teilnahme und Ergebnis



VERA – Ergebnisse und Maßnahmen

Auf der Januar-Sitzung des Landeselternbeirats berichtete Frau Kleinschnieder von den Vergleichsarbeiten (VERA) in Deutsch und Mathematik, die zu Beginn des 4. Schuljahres in allen rheinland-pfälzischen Grundschulen (und in 6 weiteren Bundesländern) geschrieben wurden.

Die Vergleichsarbeiten sollen den Lehrkräften eine Analyse ihres Unterrichts als Grundlage für dessen Verbesserung ermöglichen.

In insgesamt sieben Teilbereichen, Arithmetik (Rechnen), Geometrie, Sachrechnen, Lesen (Leseverständnis), Schreiben, Sprachbetrachtung (Grammatik) und Orthographie wurden Aufgaben bearbeitet. Jeweils die eine Hälfte der Aufgaben war zentral vorgegeben, die andere Hälfte konnte von der Schule aus einem Aufgabenpool im Internet ausgewählt werden.

Die gemessenen Kompetenzen wurden in vier sogenannte Fähigkeitsniveaus aufgeteilt:

- nicht auswertbare Leistung (Niveaubestimmung infolge fehlender/unvollständiger Aufgaben unmöglich),
- Fähigkeitsniveau 1 (einfache Aufgaben mit grundlegenden Anforderungen werden gelöst),
- Fähigkeitsniveau 2 (Aufgaben mit mittlerem Anforderungsniveau werden gelöst) und
- Fähigkeitsniveau 3 (Anspruchsvolle Aufgaben werden gelöst).

In der Rückmeldung erfahren die Lehrkräfte, welche prozentualen Anteile ihrer Schülerinnen und Schüler jeweils welchem Fä-

higkeitsniveau zuzuordnen sind und die sieben Fähigkeitsniveaus jedes einzelnen Kindes. Letzteres teilen Sie den Eltern im Auswertungsgespräch mit. Aufgrund der Verteilungen der Fähigkeitsniveaus in der Klasse können Lehrkräfte den Unterricht in den Teilbereichen analysieren, die Effektivität der Förderung beurteilen und einen Vergleich innerhalb der Schule anstellen. Sie können ihre Klasse auch mit der Zentralstichprobe vergleichen und im sog. fairen Vergleich mit anderen Klassen ähnlicher Rahmenbedingungen. Wenn sich gravierende Abweichungen nach unten ergeben, wird die ADD beratend tätig.

Wünschenswert ist, dass alle Schülerinnen und Schüler mindestens das Fähigkeitsniveau 2 erreichen. Ein hoher Anteil von Schülerinnen und Schülern auf den beiden untersten Niveaustufen hingegen signalisiert einen unmittelbaren Handlungs- und Förderbedarf.

Mindestens Stufe 2 erreichten in

Rheinland-Pfalz:	
in Arithmetik	82%,
in Geometrie	81%,
in Sachrechnen	59%,
in Lesen	62%,
in Schreiben	81%,
in Sprachbetrachtung	80%
in Orthographie	92%.

Damit habe sich der Wert in Geometrie verglichen mit den Ergebnissen von 2003 von 74% auf 81% deutlich verbessert. Problema-

tisch sei nach wie vor der Bereich Sachrechnen und, damit in engem Zusammenhang, der Bereich Lesen.

VERA vergleicht auch die Ergebnisse von Schülerinnen und Schülern mit Deutsch als dominanter Sprache mit denen, die Deutsch nicht als dominante Sprache sprechen. Letztere schneiden besonders in den beiden Teilbereichen Sachrechnen und Lesen deutlich schlechter ab. Insgesamt sprechen 7,7% der Schülerinnen und Schüler in Rheinland-Pfalz Deutsch nicht als dominante Sprache.

Als Maßnahmen zur Verbesserung nannte Frau Kleinschnieder

- Die sprachliche Förderung der Kinder im vorschulischen Bereich wurde verankert in den Bildungs- und Erziehungsempfehlungen der Kindertagesstätten.
- Die Mittel für Sprachförderung in Kitas werden in diesem Jahr von 200.000 Euro auf 300.000 Euro erhöht.
- Die Zusammenarbeit zwischen Kindertagesstätten und Grundschulen wird intensiviert.
- Fort- und Weiterbildung für Lehrkräfte
- Einführung der Rahmenpläne und der Bildungsstandards
- Dienstbesprechungen und Konferenzen an den Schulen zur Umsetzung der Rahmenpläne
- Beratung durch Beamte der ADD
- Umgang mit Heterogenität als verpflichtendes Modul in der Lehrerbildung
- Ein Teil der Mittel für Vertretungsverträge wurde in Planstellen umgewandelt, um die Kontinuität der Lehrkräfte in einer Klasse zu verbessern.

Nachricht

Bildung von Anfang an

Ministerpräsident Kurt Beck stellte am 15. Februar das neue Konzept der Landesregierung für die Kindertagesstätten vor. Das Programm soll im vorschulischen Bereich und in der Eingangsphase der Grundschule das Bildungs- und Betreuungsangebot erweitern sowie besondere Akzente bei der frühen Förderung von Kindern setzen.

Im Rahmen des Programms werden u.a. acht Millionen Euro zur Sprachförderung bereitgestellt. Außerdem will das Land 25 Millionen Euro pro Jahr für die Beitragsbefreiung des letzten Kindergartenjahres ausgeben. Weitere zwei Millionen Euro wird ein Fortbildungsprogramm für Erzieherinnen und Erzieher kosten. Kinder, die keinen Kindergarten besuchen, sollen künftig zu einem Sprachtest oder zu Sprachkursen verpflichtet werden können.

Die ausführliche Pressemeldung finden Sie auf der Homepage der Landesregierung www.rlp.de.

Das Programm umfasst 5 Punkte:

- Mehr Plätze für Kinder unter drei Jahren schaffen – das heißt, Kommunen und Träger bei der Umsetzung des Tagesbetreuungsbaugesetzes (TAG) unterstützen.
- Angebote zum Kindergartenbesuch ab 2 Jahre eröffnen und den Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz für zweijährige Kinder ab 2010 für Eltern, die dies wollen, gewährleisten.
- Beitragsfreiheit für das letzte Kindergartenjahr einführen, damit tatsächlich alle Kinder auf die Einschulung vorbereitet werden.
- Bildungsauftrag der Kindertagesstätten stärken und umfassenden Ausbau der Sprachförderung für alle vorantreiben.
- Frühere Einschulung: ab 2008 sollen alle Kinder, die vor dem 1.9. eines Jahres sechs Jahre alt werden, in diesem Jahr auch die Schule besuchen.

Bericht

Grundschulen in Rheinland Pfalz mit neuem schulpädagogischem Konzept

Die Einführung der Teilrahmenpläne MATHEMATIK und DEUTSCH sowie der entsprechenden Bildungsstandards steht bevor

Das Bildungsministerium hat in diesem Frühjahr alle Grundschulrektorinnen und -rektoren des Landes zu vier regional unterschiedlichen Terminen nach Koblenz, Trier, Bingen und Kaiserslautern eingeladen. Am 22. Februar war die erste dieser Grundschulleitertagungen in den Räumen der Universität Koblenz angesetzt, die letzte fand am 15. März in Kaiserslautern statt.

Das Ziel aller Tagungen war es, unter dem Thema „Qualitätsmanagement und Qualitätsentwicklung in der Grundschule“ die Einführung der Teilrahmen-Pläne DEUTSCH und MATHEMATIK sowie der damit in Zusammenhang stehenden Bildungsstandards vorzubereiten. Aus diesem Grund waren auch alle vier geplanten Tagungen in ihrem Kernangebot und in ihrer Struktur identisch.

Die Teilrahmenpläne mit den Bildungsstandards sind „output-orientiert“. Sie formulieren Ziele hinsichtlich zu erreichender Kompetenzen, und zwar über die gesamte Grundschulzeit.

Der wesentliche Unterschied zwischen dem neuen fachdidaktischen Konzept der Rahmenpläne für die einzelnen Unterrichtsfächer und der dort vorgesehenen Bildungsstandards einerseits und dem alten Konzept der Lehrpläne andererseits kann so beschrieben werden: Die alten Lehrpläne sollten den „Input“ sicherstellen, also das, was die Schule den Schülerinnen und Schülern an Wissen und Fertigkeiten in von „Schuljahresdenken“ geprägten Zeitabschnitten zu vermitteln hatte. Die Teilrahmenpläne mit den Bildungsstandards sind „output-orientiert“. Sie formulieren Ziele hinsichtlich zu erreichender Kompetenzen, und zwar über die gesamte Grundschulzeit.

In den jüngsten Rektoren-Tagungen sollten die Grundschulleiterinnen und Grundschulleiter sich am Beispiel des Teilrahmenplans MATHEMATIK in die Materie neuer Unterrichtsplanung und Unterrichtsgestaltung einarbeiten. Sie sollten erste Anregungen und Planungsbeispiele erörtern und in moderierten Workshops auch erste Planungsversuche im Wege der Gruppenarbeit anstellen.

Hinführend waren auf jeder Tagung Eröffnungs-Referate von ausgesuchten Fachleuten, wie beispielsweise dem Fachdidaktiker und Pädagogen Prof. Dr. Lorenz von der Pädagogischen Hochschule in Heidelberg, der in Koblenz den Reigen eröffnete.

Durch die Diskussionen in den Workshops wurde deutlich, dass auf die Grundschulen ein Prozess des Umdenkens, der didaktischen Neuorientierung und damit verbunden ein „Bewältigungsaufwand“ zukommt, der in seinem Umfang kaum überschätzt werden kann. Dementsprechend waren viele Diskussionsbeiträge der Schulleiterinnen und Schulleiter von unüberhörbarer Skepsis durchsetzt, wenn es um das Thema ging: Wie sage ich es meinem Kollegium?

Auch fehlte es nicht an Hinweisen auf jene Neuerungen auf dem Gebiet der Schulpädagogik, die einst mit großem Aufwand ins Werk gesetzt und nach wenigen Jahren wieder in den Orkus des Vergessens gerieten. Man denke nur an den Flop mit der Mengenlehre!

Trotz allem war der überwiegende Teil der Rektorinnen und Rektoren von der grundsätzlich positiv einzuschätzenden Entwicklung im Bereich der Grundschulpädagogik überzeugt.

Man kann den Schulleiternbeiräten an den Grundschulen des Landes nur raten, dafür zu sorgen, dass den Eltern frühzeitig von den Grundschullehrkräften die Vorzüge des neuen fachdidaktischen Konzepts erklärt werden.

Allerdings wurde auch zu bedenken gegeben, dass es möglicherweise schwierig werden könnte, die Eltern von der Notwendigkeit des fachdidaktischen Umdenkens, von der Einführung der Rahmenpläne und der Bildungsstandards und damit zusammenhängend von neuen Arbeitsweisen in der Grundschule zu überzeugen. Diesbezüglich wurden die Schulpädagogen von den Vertretern des Ministeriums darin bestärkt und ermutigt, das neue Konzept den Eltern gegenüber offensiv zu vertreten. „Zeigen Sie

den Eltern“, so der Rat des Ministeriums, „dass Sie die Profis sind!“.

Hierauf Bezug nehmend kann man den Schulleiternbeiräten an den Grundschulen des Landes nur raten, dafür zu sorgen, dass den Eltern frühzeitig von den Grundschullehrkräften die Vorzüge des neuen fachdidaktischen Konzepts erklärt werden. Hierauf haben die Eltern selbstverständlich einen Anspruch. Die ins Haus stehenden Veränderungen sind ja nicht nur auf den Unterricht beschränkt, sondern tangieren auch die schulbegleitende Arbeit der Eltern, wie aus dem Referat des Herrn Prof. Dr. Lorenz heraus deutlich wurde.

Das Gymnasium hat keine Forderungen an die aus den Grundschulen kommenden Kinder zu stellen, sondern es hat die Kinder am Ende der Grundschulzeit im Bereich der bis dahin erworbenen Kompetenzen individuell abzuholen!

Ein Aspekt verdient noch besondere Beachtung. Immer wieder wurde ja in der Vergangenheit von den Grundschulen darauf abgehoben, was die Gymnasien hinsichtlich der Grundschulabgänger für Erwartungen an deren Fähigkeiten und Fertigkeiten zu stellen pflegten. Manche Grundschulen neigten dazu, ängstlich auf die gestrenge Erwartungshaltung der Gymnasiallehrer zu starren. Hier erfolgte durch die Vertreterin des Ministeriums, Frau Kleinschnieder, ein klares Wort: Das Gymnasium hat keine Forderungen an die aus den Grundschulen kommenden Kinder zu stellen, sondern es hat die Kinder am Ende der Grundschulzeit im Bereich der bis dahin erworbenen Kompetenzen individuell abzuholen!

Gut gebrüllt, Löwin, ist man geneigt zu sagen! Dies Wort möge Eingang finden in des Studienrates Gehör! - Es darf aber bezweifelt werden, dass die Gymnasiallehrer sich diese Sicht freiwillig zueigen machen werden. Und eine parallel zu den schulpädagogischen Veränderungen in den Grundschulen herbeizuführende Veränderung des pädagogischen Bewusstseins in den Gymnasien ist halt einfach nicht in Sicht. Zumindest derzeit noch nicht.

Dr. Klaus Neullinger

Beitrag

Klasse2000:

Gesundheitsförderung und Suchtvorbeugung in der Grundschule



Übung mit Erbsensäckchen

Gesunde und selbstbewusste Kinder, die in der Lage sind, ihr Leben ohne Suchtmittel und Gewalt zu gestalten – das ist der Wunsch aller Eltern. Den wichtigsten Beitrag dazu leisten sie selbst durch ihre Erziehung: Liebevolle Zuwendung, Grenzen und Freiraum zur Selbstbestimmung sind die drei Schlüssel zur seelisch gesunden Entwicklung von Kindern. Suchtvorbeugung und Gesundheitsförderung sind darüber hinaus jedoch auch Aufgabe der (Grund)Schule, und dafür wurde das Unterrichtsprogramm Klasse2000 entwickelt.

Ziele von Klasse2000

Die beste Suchtvorbeugung ist die Förderung der persönlichen Fähigkeiten und Stärken der Kinder – das ist wissenschaftlich belegt. Die wichtigsten Ziele von Klasse2000 sind deshalb:

- Kinder entwickeln eine gute Körperwahrnehmung und eine positive Einstellung zur Gesundheit
- Kinder entwickeln sozialen Kompetenzen und ein stabiles Selbstwertgefühl
- Kinder lernen, kritisch mit Tabak, Alkohol und den Versprechen der Werbung umzugehen
- Eltern, Schule und Gemeinwesen setzen sich für eine umfassende Gesundheitsförderung ein.

Je früher, desto besser!

Klasse2000 beginnt in der 1. Klasse, denn den größten Erfolg kann die Suchtvorbeugung vor dem ersten Konsum eines Suchtmittels erzielen – und immerhin ein Drittel der Kinder probiert Zigaretten bereits in der Grundschulzeit. Grundschulkindern sind viel leicht-

er für das Thema Gesundheit zu interessieren und begeistern als Kinder oder Jugendliche in der Pubertät. Je früher sich gesundheitsfördernde Verhaltensweisen ausbilden, desto selbstverständlicher werden sie für die Kinder.

Klasse2000 macht Spaß!

Klasse2000 setzt auf einen altersgerechten Unterricht, der Spaß macht. Dafür steht KLARO, die Sympathie- und Identifikationsfigur von

Klasse2000. Spielerisch lernen die Kinder mit ihm, wie ihr Körper funktioniert und was sie selbst tun können, um gesund zu bleiben.



Übung mit dem Atemtrainer

Externe Fachleute und Lehrkräfte begeistern die Kinder! Pro Schuljahr führen die Klassenlehrerinnen und -lehrer etwa 12 Klasse2000-Unterrichtsstunden durch. Drei weitere Stunden gestalten die Klasse2000-Gesundheitsförderer. Dies sind speziell geschulte Fachleute aus den Bereichen Gesundheit oder Pädagogik. Sie bringen oft besonderes Material mit: z. B. Atemtrainer zum Erforschen der Atmung, Stethoskope, Erbsensäckchen für Spiele rund

um die Wirbelsäule, ein großes Schwungtuch für Gemeinschaftsspiele etc. Die Kinder sind von den externen Besuchern begeistert: das Thema Gesundheit wird zu einem Höhepunkt im Schulalltag und die Kinder entwickeln eine starke Motivation, die die Lehrkräfte wiederum für ihren eigenen Unterricht nutzen können.

Die Themen

Gesundheit ist kein punktuell Thema, sondern umfasst viele Bereiche und muss immer wieder in Erinnerung gerufen werden. Klasse2000 behandelt deshalb von der ersten bis zur vierten Klasse immer wieder andere Aspekte und kombiniert dabei Wissensvermittlung mit Persönlichkeitsentwicklung und dem Training sozialer Kompetenzen.

Spielerisch und handlungsorientiert lernen die Kinder etwas über Ihren Körper: z.B. über Atmung und Sauerstoff, gesunde Ernährung, Verdauung und das Herz-Kreislauf-System. Jede Klasse erhält eine CD mit Spielen für kurze Bewegungspausen, die in den Schulalltag integriert werden können. Von großer Bedeutung ist das soziale Lernen. Die Kinder üben in Rollenspielen, wie

sie in einer Gruppe ihre eigene Meinung vertreten und Gruppendruck widerstehen können – z.B. wenn ihnen eine Zigarette angeboten wird. Viele Übungen regen sie dazu an, über sich selbst und ihren Umgang mit anderen nachzudenken. Dies dient der Stärkung des Selbstwertgefühls und der Entwicklung zur eigenständigen Persönlichkeit – zwei wichtige Voraussetzungen für ein suchtfreies Leben.



Einbindung der Eltern

Damit Schule und Eltern sich bei der Gesundheitsförderung ergänzen und unterstützen können, informiert Klasse2000 die Eltern über das Programm. Sie bekommen jährliche Elternbriefe (auch in Fremdsprachen erhältlich) über den Inhalt der jeweiligen Jahrgangsstufe sowie die jährliche Zeitung Klarotext mit Informationen zum Thema Gesundheit.

Klasse2000 in Rheinland-Pfalz

Klasse2000 ist das bundesweit größte Programm für die Grundschule. Seit seinem Beginn im Jahr 1991 hat es über 280.000 Kinder erreicht. In Rheinland-Pfalz nahmen im Schuljahr 2003/04 339 Klassen mit über 8.200 Kindern daran teil.

In Rheinland-Pfalz wird Klasse2000 unterstützt durch ein Bündnis der Ministerien für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit sowie für Bildung, Frauen und Jugend, der Landeszentrale für Gesundheitsförderung in Rheinland-Pfalz e.V. sowie der Lions Clubs in Rheinland-Pfalz.

Kosten und weitere Informationen

Klasse2000 wird von einem gemeinnützigen Verein getragen und finanziert sich nur durch Spenden, meist in Form von Patenschaften. Der Patenschaftsbetrag liegt bei 260 • pro Klasse und Schuljahr und deckt die Kosten für das umfangreiche Unterrichtsmaterial, die Arbeit der Klasse2000-Gesundheitsförderer und die Organisation des Programms. Paten sind z.B. die Eltern selbst, Fördervereine der Schulen, Firmen, Geschäfte, Ärzte, Apotheken, Banken und Sparkassen, Stiftungen, Lions Clubs und andere Service Clubs.

Andrea Dokter

WAS ICH NOCH ZU SAGEN HÄTTE.... Unsere Leserinnen und Leser haben das Wort!

Zu unserer Rubrik **WIR SIND DER MEINUNG KOMMA DASS** erreichten uns folgende Zuschriften:

Vielen herzlichen Dank für den Beitrag unter dem neuen Titel „Wir sind der Meinung Komma dass...“. Ich fand den Artikel köstlich. Genau so sieht es in der Realität aus und nicht anders. Ich bin selbst Klassenelternsprecherin und Stellvertreterin des Schulelternbeirates, bin jedoch von einer anderen Sorte und erlebe mich mitunter als Exotin. Und ich möchte meinen, dass so manche Misere auch mit von den Lehrkräften selbst inszeniert wird. Denn solche Elternvertreter sind längst nicht so anstrengend. Mit denen hat man keine Arbeit.

Ich bin übrigens der Meinung, dass es einmal im Jahr Eltern und Schülern gestattet sein sollte, ihre Lehrer und auch die Schulleitung zu beurteilen. Die Beurteilung soll dem Lehrer helfen, sich selbst einzuschätzen und zu verbessern.

Karin Bröder, Iggelbach

Ich bin der Meinung Komma dass die Elternarbeit auch von manchen Schulen behindert wird. Ich bin seit September dieses Jahres als Klassenelternsprecher und auch in den Schulelternbeirat einer Grundschule gewählt. Ich muss sagen, dass ich mich freiwillig zur Wahl stellte. Die Klassenleitung war darüber sehr überrascht, dies sei ihr in ihrem langjährigen Berufsleben noch nicht passiert. Im gleichen Atemzug sagte sie, als Klassenelternsprecher habe man ohnehin nicht viel zu tun, und es sollten sich doch noch ein paar Eltern zur Kandidatur stellen.

Leider wird an vielen Stellen von dem einen oder anderen Lehrer oder Rektor versucht, die Elternarbeit auf ein Minimum zu reduzieren, d.h., Mitwirkungsrechte auf dem Papier, nicht aber in der Wirklichkeit.

Unter Elternarbeit an Schulen verstehe ich aber, dass wir uns den täglichen Problemen, sei es nun, Gewalt auf dem Schulhof einzudämmen oder Unstimmigkeiten zwischen Eltern und Lehrern auszuräumen,

vor Ort annehmen und gemeinsam mit den Lehrern nach Lösungen suchen und diese auch finden!!

Helmut Otto, Ludwigshafen

*Sehr geehrte Miteltern, schlage vor, unter der Rubrik **WIR SIND DER MEINUNG KOMMA DASS...** die Abschaffung des dreigliedrigen Schulsystems zu thematisieren.*

Harald Dupont, Ettringen-Mayen

Die Redaktion der Elternzeitung freut sich über jede Zuschrift, bittet aber um Verständnis dafür, dass die eingesandten Texte eventuell gekürzt werden müssen.

Zum besseren Verständnis unserer Rubrik **WIR SIND DER MEINUNG KOMMA DASS... sei noch darauf hingewiesen, dass hier die Redaktion das Wort hat. Die Leserinnen und Leser sollen ab sofort unter der Rubrik **WAS ICH NOCH ZU SAGEN HÄTTE...** zu Wort kommen.**

Die Redaktion

Aus dem Landeselternbeirat

Moderation einer Elternversammlung

In der Januarsitzung des Landeselternbeirats referierte Dr. Klaus Neuling, selbst Elternvertreter für die Regionalen Schulen, über die Moderation einer Elternversammlung. Er begann seine Ausführungen über gute Moderation mit einer Begriffsbestimmung: Das Verb moderari kommt aus dem Lateinischen und bedeutet mäßigen, lenken, ein Maß setzen. Ein Moderator ist also der Lenker einer Diskussion. Der Elternbeiratsvorsitzende moderiert die Sitzung mit der Autorität eines Gewählten als Erster unter Gleichen.

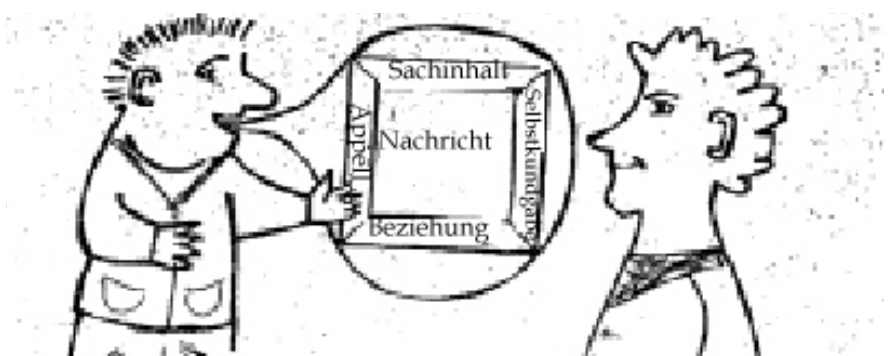
Eine gute Moderation beginnt mit der richtigen Einladung (freundlich), der Wahl des Tagungsortes (in der Schule) und der richtigen Sitzordnung (keine Hierarchie betonen). Von größter Bedeutung ist das Einhalten wesentlicher Kommunikationsregeln: Beim Sprechen alle ansehen, sich kurz fassen, zuhören, Paraphrasen vermeiden (stattdessen fragen, wenn ein Redebeitrag unklar ist), auf die Zeit achten, Gespräch notfalls zum Thema zurückführen, auch in Krisensituationen freundlich und sachlich bleiben, sich explizit (konkret) ausdrücken und implizite (allgemeine) Äußerungen vermeiden und in kritischen Situationen Ich-Botschaften verwenden. Vor allem soll der Moderator beachten, dass manche Äußerungen nur scheinbar eindeutig sind, denn sie können vom Empfänger der Botschaft auf unterschiedliche Art und Weise verstanden werden.

Jede Nachricht habe 4 Seiten, der Empfänger kann einen Sachinhalt, einen Appell, eine Aussage über die Beziehung von Sender und Empfänger und/oder eine Aussage über die Befindlichkeit des Senders heraus hören. Um Missverständnisse zu vermeiden, soll der Sender darauf achten, dass die Ebene der Nachricht klar und authentisch ist.

Die vier Seiten einer Nachricht

Sachinhalt	Appell	Selbstkundgabe	Beziehung
worüber ich informiere	wozu ich dich veranlassen möchte	was ich von mir selbst kundgebe	was ich von dir halte und wie wir zueinander stehen

(nach Schulz von Thun)



Situation

Herr X leistet gerade einen erläuternden Redebeitrag. Frau Y unterhält sich dabei mit ihrem Nachbarn. Da sagt Herr X zu Frau Y:

Botschaft

Wenn ich Sie langweile, dann sagen Sie es nur. Ich höre dann auf zu sprechen.

Die vier Seiten dieser Botschaft

Sachinhalt	Appell	Selbstkundgabe	Beziehung
Ich bin bereit, mit meinem Beitrag aufzu hören, wenn er Sie nicht interessiert.	Hören Sie mir doch bitte zu!	Ich fühle mich nicht angemessen beachtet! Ich bin es wert, dass man mir zuhört!	Ihr Verhalten finde ich unhöflich, und das lasse ich mir von Ihnen nicht gefallen!



Auszeichnung und Dank

Mit der Urkunde für langjährige Elternarbeit wurden im Jahr 2004 ausgezeichnet:

Andernach	Kurfürst-Salentin-Gymnasium	Rick, Brigitte
Deidesheim	Regionale Schule	Stalter, Marion
Ingelheim	Kaiserpfalz Realschule	Brand, Franz-Josef
Mainz	IGS Berliner Siedlung	Opper-Scholz, Marie-Ch.
Maxdorf	Realschule	Baumann, Werner
Bitburg	Berufsbildende Schule	Kles, Maria
Landau	Konrad-Adenauer-Realschule	Schwehm, Barbara
Landau	Konrad-Adenauer-Realschule	Gewiß, Bodo
Rüdesheim-Wall.	Regionale Schule	Daum, Irmgard
Wörth	Regionale Schule	Ehrstein, Renate
Wörth	Regionale Schule	Wipper, Hildegard
Simmern	Regionale Schule	Ernst, Klaus
Simmern	Regionale Schule	Mühlberger, Gertrud
Eisenberg	Theodor-Heuss-Schule	Gschwind, Stephanie
Hagenbach	Grund- und Hauptschule	Pfirmann, Rudolf
Koblenz	Eichendorff-Gymnasium	Zinndorff, Dr. Jörg
Feldkirchen	Grundschule Feldkirchen	Grieger, Dr. Manfred
Koblenz	Eichendorff-Gymnasium	Kolb, Siegfried
Alzey	Gymnasium	Klenk-Kaufmann, Ute

Der Landeselternbeirat gratuliert den Elternvertretern zu ihrer Auszeichnung und dankt ihnen für die geleistete Arbeit. Wir schließen auch all jene mit ein, deren langjähriges Wirken dem Landeselternbeirat und dem Ministerium für Bildung, Frauen und Jugend nicht zur Kenntnis gelangt ist.

Mit der Überreichung einer Landesurkunde für langjähriges Engagement in der Elternvertretung an den Schulen von Rheinland-Pfalz sprechen die Bildungsministerin und der Landeselternsprecher alljährlich den Müttern und Vätern ihre Anerkennung aus, die sich über einen Zeitraum von zehn Jahren und länger als Klassenelternsprecher/in oder im Schulelternbeirat eingesetzt haben. Mit diesem Ehrenamt übernehmen die Eltern die wichtige Aufgabe, bei der Gestaltung des Schullebens mitzuwirken und dabei die Sicht der Eltern – bewusst als Nichtfachleute – mit einzubringen. Denn nach § 38 Schulgesetz werden die Eltern durch die Elternvertreter an der Erziehungs- und Unterrichtsarbeit beteiligt. Damit wird auch das Recht und die Pflicht der Eltern, an der schulischen Erziehung ihrer Kinder mitzuwirken (SchulG § 37 Abs. 1 Satz 1), eingelöst.

Jeder, der einmal versucht, ein solches Amt auszuführen, weiß, dass dazu neben gesundem Menschenverstand eine Menge Energie und Eigeninitiative gehören. Aber auch die Bereitschaft, sich offensiv um Informationen zu bemühen, immer wieder mit Eltern, Lehrkräften, Vertretern von Schulbehörden und Schulträgern das Gespräch zu suchen, um die Wünsche und Einwendungen der Eltern gebündelt vorzubringen und wirksam zu vertreten.

Die Urkunde kann durch die Schule formlos beim LEB oder MBFJ beantragt werden, wenn Eltern mindestens 10 Jahre in der Elternarbeit tätig waren.

BUCHBESPRECHUNG

ZAUBERWORT

Die schönsten Gedichte für Kinder aus vier Jahrhunderten

Ein Gedichtband für Kinder – lässt sich solch ein Projekt attraktiv und reizvoll gestalten? Können Kinder wirklich mit Gedichten heute noch erreicht werden?

Wenn man den Gedichtband ZAUBERWORT zur Hand nimmt, legt man ihn nur ungern wieder zur Seite. An diesem Buch stimmt fast alles. Das fängt beim Format und bei der Papierqualität an und reicht über die Gedichtauswahl mit ihrer Fülle bis hin zur inneren und äußeren Buchgestaltung.

Wer von den deutschsprachigen Gedichtautoren aus dem 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart Rang und Namen hat, ist vertreten. Das reicht von Schiller bis Ringelnatz, von Morgenstern bis Rilke, von Goethe bis Jandl. Aber auch unbekanntere Autoren sind vertreten. Dabei findet keine Fokussierung auf bestimmte Gedichtarten statt, und doch haben alle ausgewählten Gedichte eine Eigenschaft gemeinsam: Sie sind schon für Kinder im Grundschulalter lesbar, verstehbar und inhaltlich geeignet.

Natürlich ist das Werk illustriert, wobei die Zeichnungen sowohl vom Künstlerisch-handwerklichen als auch vom Inhaltlichen einfach große Klasse sind und mit den Gedichten optisch und seman-

tisch eine sehr gelungene Verbindung eingehen.

Um auf die eingangs gestellte Frage nach der Erreichbarkeit der Kinder noch einzugehen: Wenn man unsere Kinder mit Gedichten erreichen möchte, dann ist solch ein Buch mit Sicherheit ein viel versprechender Weg zu ihnen.

Abstriche ergeben sich aus der etwas klein gewählten Schriftgröße. Vielleicht hätte man auch auf die Einheitlichkeit etwas verzichten und wenigstens die Gedichte für die ganz jungen Leser in größerer Schrift abdrucken können.

Fazit: Liebe Eltern, hier ist eine erwägenswerte Alternative zu der nächsten Pokemon-Serie, auch zum nächsten Video-Spiel für Ihr Kind. Dieses Buch ist nicht billig, aber von Wert. Vielleicht wollen Sie aber auch für sich selbst ein liebenswertes Buch erwerben? – Dann viel Spaß!

*Rita Harenski (Hrsg.) und Chistine Brand: ZAUBERWORT
Arena-Verlag Würzburg 2004; 151 Seiten; 22,50 Euro
Dr. Klaus Neuling*

Aus der Rechtsprechung

Schülerfahrkostenerstattung - Persönliche Umstände dürfen nicht zählen

Individuelle, persönliche Umstände können nach dem Willen des Gesetzgebers bei der Entscheidung, ob ein Schüler Anspruch auf Erstattung der Schülerfahrkosten hat, nicht berücksichtigt werden. Dies hat die 6. Kammer des Verwaltungsgerichts Mainz in ihrer Entscheidung in folgendem Fall betont:

Seine Tochter sei recht klein und es falle ihr infolge ihrer körperlichen Konstitution schwer, als Erstklässlerin den 1,4 km langen Weg zu ihrer Grundschule in Mainz zu Fuß zu gehen. Er selbst sei gesundheitlich angeschlagen, so dass es ihm Probleme bereite seine Tochter zu begleiten. Mit dieser Begründung beantragte ein Vater bei der Stadt Mainz die Erstattung der Schülerfahrkosten für seine Tochter.

Die Stadt lehnte den Antrag ab, woraufhin sich das Kind, vertreten durch seinen Vater, an das Verwaltungsgericht wandte.

Die 6. Kammer hat einen Erstattungsanspruch der Schülerin verneint. Der Gesetzgeber habe entschieden, dass individuelle, persönliche Umstände bei der Erstattung der Schülerfahrkosten keine Rolle spielen. Dies sei nicht zu beanstanden, weil der Gesetzgeber von Verfassungen wegen nicht verpflichtet sei, überhaupt die Erstattung von Schülerfahrkosten vorzusehen. Weder das Sozialstaatsprinzip noch das Bildungsrecht der Kinder verpflichte ihn hierzu. Er könne also nach freiem Ermessen entscheiden, ob und unter welchen Voraussetzungen Schülerfahrkosten zu erstatten sind.

Im Schulgesetz habe der Landesgesetzgeber festgeschrieben, dass Grundschüler nur dann einen Erstattungsanspruch haben, wenn ihr Schulweg länger als 2 km ist oder besonders gefährlich ist. Für Letzteres reichten die üblichen - insbesondere straßenverkehrsbedingten - Gefahren auf dem Schulweg nicht aus. Erforderlich sei vielmehr, dass aus Gründen des Straßenverkehrs oder unter dem Gesichtspunkt sittlicher oder krimineller Gefährdung ein überdurchschnittlich hohes Schadensrisiko besteht. Dies sei hier nicht der Fall. Die Schülerin könne nach Angaben der Polizei ausreichend breite Gehwege benutzen und die Straßen an Überwegen mit Ampelanlagen überqueren. Es lägen auch keine kriminalpolizeilichen Erkenntnisse über Straftaten vor, die Schüler in der Vergangenheit auf dem besagten Weg beeinträchtigt haben.
6 L 1063/04. MZ

Kreis muss Beförderung zu privater Sonderschule nicht bezahlen

Koblenz (dpa) – Landkreise müssen nicht die Kosten für die Fahrt eines behinderten Kindes zu einer privaten Sonderschule außerhalb von Rheinland-Pfalz übernehmen. Dies geht aus einem am 25. August 2004 bekannt gewordenen Urteil des Verwaltungsgerichts Koblenz hervor. Die Eltern eines neunjährigen Mädchens mit Down-Syndrom hatten gegen den Westerwaldkreis geklagt. Das Paar aus Hachenburg forderte die Übernahme der Beförderungskosten ihrer Tochter zu einer privaten heilpädagogischen Waldorfschule im nordrhein-westfälischen Siegen (Az.: 7 K 871/04.KO).

Der Landkreis hatte dies abgelehnt. Die Begründung: Das war bei seiner Einschulung im Jahr 2001 von der Schulbehörde aufgrund einer sonderpädagogischen Prüfung der staatlichen Wilhelm-Albrecht-Schule in Höhn im Westerwald zugewiesen worden. Das Verwaltungsgericht entschied nun, dass der Landkreis die Beförderungskosten nicht übernehmen muss, da er an die Zuweisungsentscheidung der Schulbehörde gebunden sei. Nach dem rheinland-pfälzischen Schulgesetz müsste zudem nur die Fahrt zu solchen Privatschulen bezahlt werden, die vom Land gefördert würden. Dies sei bei der nordrhein-westfälischen Schule nicht der Fall.

Kreis muss Integrationshilfe für behindertes Kind bezahlen

Koblenz (dpa) – Für die Kosten der Integration eines behinderten Kindes in die Grundschule muss der Kreis als Träger der Jugendhilfe aufkommen. Nach dem Urteil des Oberverwaltungsgerichts (OVG) Koblenz ist das Land als Träger der Schulverwaltung für diese Hilfe nicht verantwortlich, wie das Gericht am 29. Juli 2004 mitteilte. Der Kreis Bad Dürkheim hatte darauf geklagt, dass das Land Rheinland-Pfalz die Kosten für den Integrationshelfer eines autistischen Kindes übernimmt (Az.: 12 A 10701/04.OVG). Diese Forderung war bereits in erster Instanz vom Verwaltungsgericht Neustadt zurückgewiesen worden.

Der heute neun Jahre alte Junge leidet neben Autismus an einer leichten Intelligenzminderung und Verhaltensstörung. Er besucht keine Sonderschule, sondern die allgemeine Grundschule und benötigt dafür einen Integrationshelfer. Der Kreis habe bereits zu Beginn des Schuljahres 2002 den

Antrag auf diese Hilfe für das Kind abgelehnt, wie ein OVG-Sprecher erläuterte. Gegen diese Entscheidung hätten die Eltern jedoch erfolgreich Widerspruch eingelegt und vor dem OVG erreicht, dass die Kommune die Kosten übernehmen muss. Zum Hintergrund gehöre auch die vom Bildungsministerium geförderte integrative Unterrichtung behinderter Kinder in der Regelschule statt in der Sonderschule. Dies verlagere Kosten aus der Schulverwaltung auf die Sozial- und Jugendhilfe, stellten die OVG-Richter fest. Die für die Kreise und kreisfreien Städte entstehende „Kompensationslücke“ könnten jedoch nicht die Gerichte, sondern allein der Gesetzgeber schließen. Gegebenenfalls sei zu prüfen, ob im Wege des Finanzausgleichs den Kommunen zusätzliches Geld zur Verfügung gestellt werden müsse.

Tipps und Hinweise

SCHAU HIN!

Eine Aktion für mehr Medienkompetenz

SCHAU HIN! bildet eine Brücke zwischen Eltern und ihren Kindern. Die Aktion gibt Eltern praktische Orientierungshilfen zur Mediennutzung und -erziehung und fördert den Dialog zwischen Eltern und Kindern.

Ziel der Aktion ist die Sensibilisierung der Öffentlichkeit für das Thema „Kinder und Medien“. Damit einhergehend gibt die Initiative Tipps und Informationen zu elektronischen Medienangeboten und deren Handhabung - in Verbindung mit gezielten ganzheitlichen Erziehungstipps für die 3- bis 13-Jährigen. Es geht darum, praxisnahe Hilfestellungen für den kindgerechten Umgang mit Medien, konkreten Rat und fundiertes Wissen von Experten an Eltern, Familien und pädagogische Fachkräfte weiterzugeben. In Schule und Kindergarten muss Medienerziehung genau so selbstverständlich stattfinden wie im Elternhaus. Denn: Medien sollen ja gerade Kindern Spaß machen!

SCHAU HIN! ist eine gemeinsame Initiative von HÖRZU, dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend in Partnerschaft mit dem Telekommunikationsunternehmen Arcor, der ARD, dem ZDF sowie vielen Stars und Prominenten, Verbänden und Institutionen, die sich – auch auf lokaler Ebene – für die Ziele von SCHAU HIN! einsetzen und konkrete Unterstützung leisten.

Die Tipps und Informationen erhalten Sie auf der Internetseite www.schauhin.info

Der Girls´Day Mädchen-Zukunftstag geht bundesweit in die fünfte Runde.

Carmen Ruffer von der bundesweiten Koordinierungsstelle ruft alle Schulen auf, sich am Girls´Day 2005 zu beteiligen und den Schülerinnen die Teilnahme am Aktionstag zu ermöglichen!

Am 28. April 2005 werden die Türen von Werkstätten, Büros, Laboren und Redaktionsräumen für Schülerinnen der Klassen 5 bis 10 geöffnet; eine hervorragende Gelegenheit für die Mädchen, Einblick in die Praxis verschiedenster Bereiche der Arbeitswelt zu gewinnen und Kontakte herzustellen. Ruffer fordert die Schulen auf, Ihre Schülerinnen zu motivieren und im Zuge des Mädchen-Zukunftstages Themen der geschlechtsspezifischen Berufswahlorientierung im Unterricht zu thematisieren.

Wie Schulen sich aktiv am Aktionstag beteiligen können und wie sie diesen im Unterricht vorbereiten können, erfahren sie unter www.girls-day.de.

Wählen Sie Gesundheit 06131 – 206930

Telefonansagethemen der Landeszentrale für Gesundheitsförderung in Rheinland- Pfalz e.V.

Wir haben für Sie die für Eltern interessanten Themen ausgewählt:

16.-31. März

Elternschule - Gemeinsam fit für eine gesunde Familie

01.-15. Mai

Natur heilt – Naturheilkundliche Medizin im Trend

01.-15. Juni

Essstörungen

16.-30. Juni

Kinderbuch „Dicke Freunde“ – Ein Fitness- und Abnehmprogramm für Kinder

Sie finden die jeweils aktuellen Texte auch im Internet unter www.lzg-rlp.de

Aktion Tagwerk Schüleraktion! Zum dritten Mal in Rheinland-Pfalz

Am Dienstag, den 19. Juli 2005 - drei Tage vor den Sommerferien – findet die landesweite Schüleraktion Aktion Tagwerk zum dritten Mal an vielen Schulen in Rheinland-Pfalz statt.

Die Grundidee der Aktion Tagwerk ist ein freiwilliges soziales Engagement von rheinland-pfälzischen Schülerinnen und Schülern zu Gunsten von benachteiligten und hilfsbedürftigen Kindern und Jugendlichen in Ruanda. Anmelden können sich an der Aktion Tagwerk alle, die Interesse daran haben etwas für Gleichaltrige zu tun: ganze Schulen, Klassen sowie einzelne Schüler. Voraussetzung für die Teilnahme ist eine Zustimmung der Schulleitung!

Alle Freiwilligen ab 13 Jahren können sich für den 19. Juli 2005 einen Job z.B. im Blumengeschäft oder im Büro des Onkels suchen. Dafür bekommen sie vom Bildungsministerium einen Tag „schulfrei“. Teilnehmer unter 13 Jahren können sich in Form von Gruppenaktivitäten, wie einem Solidaritätsmarsch oder einem Kuchenverkauf an der Aktion beteiligen!

Wir kommen auch gerne an die Schule und halten einen Vortrag über das Partnerland Ruanda und die dort geförderten Projekte.

Ab März 2005 ist unser Infomobil in ganz Rheinland-Pfalz unterwegs. Das Infomobil kann eingeladen werden (z.B. telefonisch) und stellt den Schülern und Lehrern die Aktion Tagwerk sowie das Land Ruanda vor und bringt die Problematik von Entwicklungsländern näher. Dies wird durch viele Photos und Spiele, bei denen man z.B. selber etwas auf dem Kopf transportieren muss, verdeutlicht.

Alle weiteren Informationen gibt es unter www.aktion-tagwerk.de

Ihre Ansprechpartner: Nora Weisbrod, Charlotte Schmachtel, Lino Canete, Stephanie Urban, Sandra Fuhr

Kontaktadresse des Bundesbüros:

Aktion Tagwerk e.V.
Hintere Bleiche 28
55116 Mainz
Tel.: 06131-237032
Fax: 06131-227081
info@aktion-tagwerk.de
www.aktion-tagwerk.de

Nachrichten

Schulsystem durchlässiger

Haupt- und RealschülerInnen können das Abitur auf einem neuen Weg machen. Zum Schuljahr 2005/06 starten die Berufsoberschulen II in Rheinland-Pfalz an zwölf Standorten, ein Jahr später an weiteren acht.

Nach der Umstrukturierung der Berufsbildenden Schule (wir berichteten in Heft 3-2003) besteht die Möglichkeit nach der Berufsausbildung die Fachhochschulreife auf der Berufsoberschule I zu erwerben und dann in einem weiteren Jahr auf der neuen Berufsoberschule II das Abitur (allgemeine Hochschulreife) zu machen.

Die neuen BOS II Start 2005/06

- BBS Gewerbe und Technik Trier
- BBS Gerolstein/Daun
- BBS Cochem
- BBS Bertzdorf-Kirchen und BBS Wisen
- BBS Technik Koblenz
- Alice-Salomon-Schule Linz/Neuwied
- BBS Gewerbe/Hauswirtschaft/Sozialpflege Bad Kreuznach
- BBS Mainz I
- BBS Ludwigshafen Technik I
- BBS Bad Dürkheim
- BBS Technik Kaiserslautern
- BBS Rodalben

Start 2006/07

- BBS Bernkastel-Kues
- BBS Bad Neuenahr-Ahrweiler
- BBS Lahnstein/Diez
- BBS Andernach
- BBS Bingen
- BBS Worms
- BBS Speyer
- BBS Landau

Abenteuer im Museum

Die Zusammenarbeit zwischen Schulen und Museen wird jetzt durch eine Internetseite unterstützt. Auf der Seite www.abenteuer-museum.rlp.de stellen 70 Museen in Rheinland-Pfalz mehr als 260 Angebote für Schulklassen, Kindergruppen und Familien vor. Hier erfahren Eltern, Kinder und Lehrkräfte, wo die Jugend auf abenteuerliche Bildungsreisen gehen kann.

„Gewalt darf keine Schule machen!“

Zusammenarbeit von Schule und Polizei entwickeln

Die Bundesvorsitzenden der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG) und des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE), Wolfgang Speck und Ludwig Eckinger, rufen zu einer engeren Zusammenarbeit von Schule und Polizei auf. Gewalt darf keine Schule machen. Schule und Polizei sollen deshalb mehr als bisher Partner in einer Allianz für ein friedliches Leben und Lernen in der Schule werden.

Aggressives Verhalten und Gewalt sind an unseren Schulen zunehmende (pädagogische) Herausforderungen für alle Beteiligten. Nach einer Studie des BKA (2003) verhalten sich fünf Prozent aller Schüler regelmäßig gewalttätig, ein Drittel schlägt gelegentlich zu. Jeder dritte Schüler hat Angst davor (Studie Weißer Ring), allein den Schulweg anzutreten oder auf den Pausenhof zu gehen. (...)

Die pädagogischen Mittel der Schule, um Gewalt einzudämmen, sind begrenzt. Nicht immer gelingt es, Gewalt mit schuleigenen Maßnahmen abzubauen. In solchen Fällen muss die Schule auf Hilfe „von außen“ – zum Beispiel auf Beratungsstellen und Jugendämter – zurückgreifen können. Hilfe und Unterstützung kann auch von der Polizei erwartet und geleistet werden.

Damit eine verstärkte Zusammenarbeit von Schule und Polizei im Sinne einer vernetzten Gewaltprävention gelingt, sprechen sich DPoIG und VBE für folgende „vertrauensbildende“ Maßnahmen aus:

I. Unterstützung bei der Entwicklung schulischer Präventiv- und Sicherheitskonzepte

1. Schulen sollen sich als Teil eines pädagogischen Netzwerks verstehen und in diesem Sinne auch die Polizei als Partner für Gewaltprävention einbinden;
2. die Prävention von Kriminalität und Gewalt sollte verstärkt als fester Teil der Schulqualitätsentwicklung thematisiert werden;
3. alle Kinder und Jugendlichen, insbesondere jene mit nichtdeutscher Herkunft, sollen erfahren, dass die Polizei zum Schutz der Bevölkerung präsent ist und in persönlichen Konfliktlagen Hilfe geben kann;
4. bei Anti-Gewalt- oder Schutz-Trainings an Schulen kann polizeiliche Unterstützung gegeben werden;
5. Vorfälle wie Diebstähle oder Gewalt an der Schule sollten Anlass sein, dass die Polizei Schülerinnen und Schüler über die Konsequenzen von Diebstahl oder Körperverletzung aufklärt;

6. das Ehrenamt für die Gewaltprävention bei Kindern und Jugendlichen außerhalb der Schule (Sportvereine, Jugendgruppe etc.) muss in der Öffentlichkeit eine größere Wertschätzung erfahren.

II. Vereinbarte Kooperation zwischen Schule und Polizei

1. Namentliche Benennung von Ansprechpartnern der Schule(n) und der örtlich zuständigen Polizeidienststellen und Gewährleistung gegenseitiger Erreichbarkeit
2. Bekanntmachung der polizeilichen Ansprechpartner in den Schulen
3. Regelmäßige gemeinsame Bewertung der Zusammenarbeit (mindestens einmal im Schuljahr) zwischen Schule, Polizei und Jugendgerichtsbarkeit
4. Einrichtung von festen Dienstposten bei den örtlichen Polizeidienststellen ausschließlich für die Gewaltprävention an Schulen
5. Verstärkung der Information über Präventionsangebote der Polizei für Schulen
6. gemeinsame Seminare für Polizei und Lehrkräfte zu Gewaltbewältigung
7. Hospitationen von Studienreferendaren im Rahmen des Vorbereitungsdienstes bei der Polizei, um insbesondere Kriminalprävention sowie die rechtlichen Rahmenbedingungen von Jugendstrafverfahren kennen zu lernen und mögliche Hemmschwellen zur Kontaktaufnahme frühzeitig abzubauen
8. Verstärkte Anzeigepflicht der Schulleitung in bestimmten Deliktbereichen (Erstellung eines entsprechenden Kataloges)
9. Informationspflicht der Polizei gegenüber der Schulleitung zur Abwehr einer Gefahr, wobei in der vertrauensvollen Zusammenarbeit grundsätzlich die Unschuldsvermutung gilt.

DPoIG und VBE unterstützen eine in diesem Sinne vernetzte Prävention von Gewalt an Schulen. Es ist ein wichtiger Schritt über die bewährte Zusammenarbeit von Polizei und Schule bei der Schulwegsicherung, bei der Verkehrserziehung und der Drogenaufklärung hinaus, Schule zu einem angstfreien und offenen Lern- und Lebensort zu entwickeln.

Berlin, 14. Februar 2005

Rechtsradikale machen sich an Schülerinnen und Schüler heran Anmerkungen zur Verantwortlichkeit der Eltern

Die Nachrichten sind beunruhigend und sie häufen sich: Verstärkt versuchen die weit außerhalb der Grenzen demokratischer Gesinnung angesiedelten Neo-Nazis Einfluss zu gewinnen auf Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene im Bereich der öffentlichen Schulen.

Die Rechtsextremisten tun dies beispielsweise, indem sie in großer Zahl CDs mit der Musik rechtsextremistischer Bands mit fremdenfeindlichen, zum Teil auch gewaltverherrlichenden Texten an Schülerinnen und Schüler verteilen.

Das Bildungsministerium in Rheinland-Pfalz und die Schulen sind alarmiert.

Allerdings sollten auch die Eltern alarmiert sein. Die Schule versucht zwar durch aufklärenden Unterricht ihre Schülerinnen und Schüler vor dem Hintergrund deutscher Geschichte über die akuten politischen Ge-

fahren, die von jedwedem politischen Extremismus ausgehen, zu informieren und ihre Schülerschaft unempfänglich für die Rattenfängerparolen zu machen. Aber immer noch tragen die Elternhäuser die Hauptverantwortung dafür, wie gefestigt oder anfällig ihre Kinder gegenüber extremem Gedankengut sind.

Das fängt beispielsweise schon bei der Spieleauswahl für die unter zehn Jahre alten Kinder an. Was da an gewaltvollen Video-Spielen auf den Markt geworfen und von Eltern für ihre Kinder gekauft wird, spielt schon mittelfristig den Rechtsextremisten in die Karten. Denn: Der unreflektierte Umgang mit Gewalt ist eine „günstige“ Voraussetzung für später einsetzende Empfänglichkeit für Gewaltverherrlichung.

Politische Erziehung beginnt keinesfalls erst in der Schule, sondern natürlicherweise in

den Familien. Werte wie „Achtung vor dem Leben“, „Gleichheit aller Menschen“, „Toleranz“, „Gewaltverzicht“ usw. werden schon lange vor Einsetzen der Schulpflicht vermittelt: in den Familien. – Oder eben auch nicht!

Es ist zwar bedauerlich, aber es muss ausgesprochen werden: Wenn die Neo-Nazis mit ihrer seit längerer Zeit beobachteten Kampagne bei unseren Schülerinnen und Schülern tatsächlich zu Erfolgen in ihrem Sinne kommen sollten, dann wäre dies in aller erste Linie Anzeichen dafür, wie ungefestigt unsere Kinder aus unseren Familien hervorgehen.

So gesehen ist der Erfolg oder Misserfolg der Rechtsextremisten ein Indikator für die Qualität der Werte-Erziehung in den Familien. – Es lohnt sich, darüber nachzudenken!

Dr. Klaus Neullinger

Ein Reizthema:

Überprüfung individuellen Lehrerhandelns



Dr. Klaus Neuling

Immer wieder werden Stimmen laut, die darauf drängen, individuelles Lehrerhandeln besser zu kontrollieren. In einer Pressemeldung in der FAZ vom 12. 01. 2005 heißt es beispielsweise einleitend: „Hessens Lehrer erhalten endlich regelmäßige Unterstützung, Beratung – und Kontrolle.“ – Insgesamt dürfte dies eine abfedernde Formulierung dafür sein, dass die Lehrer enger geführt und leistungsmäßig mehr überprüft werden sollen.

Kein Beruf, den Menschen je ausgeübt haben, stand über Jahrhunderte so kontinuierlich in kritischer Betrachtung und Würdigung wie der Beruf des Lehrers.

Auch viele Eltern sind der Meinung, dass die individuelle berufliche Leistung der Lehrkräfte in öffentlichen Schulen besser kontrolliert und transparent gemacht werden müsse. Dem LEB liegen solche Einzelforderungen vor.

Kein Beruf, den Menschen je ausgeübt haben, stand über Jahrhunderte so kontinuierlich in kritischer Betrachtung und Würdigung wie der Beruf des Lehrers. Über keinen Beruf wurden mehr Spottlieder, Spottverse und herabsetzende Karikaturen verbreitet. In keinem Beruf waren die Mitglieder ihres Standes in vergleichbarer Weise im Laufe

der Epochen Strömungen der Gleichgültigkeit und der Geringschätzung, der Verachtung, der Lächerlichmachung, der politischen und kulturellen Verdächtigung, des bürgerlichen Argwohns und Misstrauens und schlussendlich auch noch des sozialen Neides ausgesetzt, wie die Angehörigen dieses Berufsstandes. – So betrachtet ist es eines der ungeklärten Mirakel, dass durch die Zeiten hindurch überhaupt noch jemand Lehrer werden, sein und bleiben wollte.

Die Empfindlichkeiten jedenfalls, die sehr viele Lehrerinnen und Lehrer entwickeln und pflegen, wenn hinsichtlich ihrer Berufsausübung Begriffe wie „Kontrolle“, „Transparenz“, „Überprüfung“, „Beurteilung“, „Leistungsvergleich“ usw. auftauchen, sind bekannt. Vielleicht entspringt diese Reaktion eines ganzen Berufsstandes ja auch einem historisch bedingten archaischen Kollektivbewusstsein; wer weiß das schon?

Die Abwehrreaktionen sind umso heftiger, je mehr die entsprechenden Anregungen oder gar Forderungen aus den Reihen der „Unberufenen“ wie Schülerinnen und Schüler, Eltern oder auch Politiker kommen.

Was die Forderung mancher Eltern betrifft, die Lehrerinnen und Lehrer sollten einer effizienten Kontrolle durch die Schulaufsicht oder auch einer Beurteilung durch Eltern und Schüler ausgesetzt werden, so kann man für eine „redliche Motivation“, die zu solchen Forderungen führt, Verständnis haben. – Man muss aber auch die Anteile unredlicher Motivation, die mitschwingt, einräumen und bedenken.

Unredlich werden wir Eltern immer dann, wenn unsere Forderung nach Leistungskontrolle der Lehrkräfte einhergeht mit einer diffusen Ablehnung von Schule generell. Oder wenn der in Einzelbegebenheiten mit einer Schule oder mit einer Lehrkraft in uns aufgebaute Druck ein Ventil findet in der Forderung nach Kontrolle aller Lehrer. Oder wenn im Zusammenhang mit „der vielen Freizeit“, mit „den üppigen Gehältern“ oder „dem bequemen Beamtenstatus“ der Lehrer ein Stachel gesetzt werden soll durch die Forderung nach Kontrolle und Überprüfung, damit es „denen“ nicht zu wohl wird. – Hier mag sich jeder selbst beobachten und für sich im Stillen klären, worin seine eigene Motivation begründet liegt.

„Eltern und Schule stehen in einem partnerschaftlichen Verhältnis – denn Partnerschaft lohnt sich!“

Die Lehrerinnen und Lehrer aber mögen sich der Erkenntnis nicht verschließen, dass auch die Eltern und – wenngleich in sicherlich engeren Grenzen – auch die Schülerinnen und Schüler ein legitimes Anrecht darauf haben, dass der Personenkreis, dem Kinder anvertraut werden, oder dem sich Kinder und Jugendlichen selbst anvertrauen, nicht unkontrolliert bleibt. Das Recht der professionellen Berufsausübung der Lehrkräfte wird dadurch nicht unbillig tangiert.

„Eltern und Schule stehen in einem partnerschaftlichen Verhältnis – denn Partnerschaft lohnt sich!“ – Dies war das Motto unseres letzten Landeselterntages im vergangenen Herbst.

Dem gemäß müssten sich alle interessierten Eltern genau überlegen, wie man in guter Partnerschaft die Möglichkeiten der Schaffung von Transparenz individuellen Lehrerhandelns anregt, anmahnt, vielleicht auch einfordert.

Auf der anderen Seite sollten alle Lehrerinnen und Lehrer mit sich zu Rate gehen um herauszufinden, wie man partnerschaftlich den Einblick in individuelles Lehrerhandeln gewährt, und zwar auch dann, wenn im Einzelfall Missstände zu erörtern wären.

Hier sind vor allem die Schulelternbeiräte und Lehrerkollegien jeder einzelnen Schule aufgerufen, im Sinne der Pflege einer notwendigen Umgangskultur, durch die jede Partnerschaft erst wirklich ermöglicht wird, sich des angesprochenen Themas vorurteilsfrei anzunehmen.

Wenn dies gelingt, kann man seitens der Eltern auf landesweit vorgetragene allgemeine Forderungen nach „besserer Kontrolle“ oder gar nach Beurteilung der Lehrerinnen und Lehrer durch die Eltern getrost verzichten. Und die Lehrerinnen und Lehrer brauchen sich nicht einzuigeln und sich hinter gewerkschaftlich betonierte Bastionen zum Schutze ihrer freien und unbeeinflussten Berufsausübung zu verschanzen.

Dr. Klaus Neuling

Helga Wagner verabschiedet sich in den „Unruhestand“

Elternfortbildung in Rheinland-Pfalz erhält eine neue Struktur

Viele Eltern in Rheinland-Pfalz, die an einer Fortbildung am IFB (Institut für schulische Fortbildung und schulpyschologische Beratung) teilnahmen, haben ihre ruhige, ausgleichende Art schätzen gelernt. Am 27. Januar 2005 verabschiedeten Botho Priebe, Leiter des IFB, und Erich Geibert, Schulische Fort- und Weiterbildung, sie mit einer Feier im Kollegenkreis in den Ruhestand.

Ein Gräuël waren ihr Elternabende, die weitgehend inhaltsfrei gestaltet wurden. Es gibt keine Mutter und keinen Vater, die sich nach einem solchen Elternabend nicht schon einmal gefragt haben, ob sie ihre Zeit nicht nutzbringender hätten anderswo verbringen können. Zähe Wahlabende, bei denen LehrerInnen sicherheitshalber ausdrücklich darauf hinwiesen, dass das alles gar keine Arbeit macht weil eh alles blendend läuft oder

Solche Problemlagen kannte sie und wollte Abhilfe schaffen. Elternabende, die von Eltern und LehrerInnen mit Themen und Leben gefüllt werden und deshalb auf größeres Interesse stoßen, sollten die Regel werden und nicht die Ausnahme sein. Gelungene Kommunikation, die auf gegenseitige Wertschätzung und Achtung zum Wohle des Kindes praktiziert wird, stand bei vielen ihrer Veranstaltungen im Vordergrund. Das „Vier Ohren Modell“ kennen in Rheinland-Pfalz viele Eltern, die bei Frau Wagner eine Fortbildung besucht haben. Übrigens ein Modell, dass durchaus auch im privaten Bereich für positive Veränderungen bei der Verständigung mit Kindern und Partnern sorgen kann. (Wir haben das Kommunikationsmodell nach Schulz von Thun auf Seite 10 vorgestellt.) Zuletzt mussten leider einige Elternfortbildungen abgesagt werden, da Sie wegen einer Verletzung längere Zeit ausfiel.

In Weisenheim am Berg unterstützt sie derzeit bereits eine Hausaufgabenbetreuung außerhalb der dortigen Grundschule und einen „wenig systemangepassten“ Grundschüler, der zwar anstrengend sei, sie aber jedes Mal aufs Neue mit seinen kreativen Einfällen zum Schmunzeln bringe. Wir wünsche Frau Wagner Gesundheit und alles Gute für ihren gerade beginnenden Lebensabschnitt. Sie wird diesen sicherlich sinnvoll für sich und andere – hoffentlich für viele Kinder und deren Eltern – nutzen.

Elternfortbildung nachfrageorientiert

Mit dem Ausscheiden von Frau Wagner wird die Elternfortbildung in Rheinland-Pfalz neu strukturiert. Das IFB in Saarburg übernimmt zukünftig die Koordination dieser Veranstaltungen. Die entsprechende Stelle wird gerade neu besetzt. Ähnlich wie im Bereich der Lehrerfortbildung, sollen die Fachthemen auf Nachfrage der Elternschaft entweder vom IFB oder von externen Referenten angeboten werden. Themenschwerpunkte oder gemeinsame Veranstaltungen werden eng mit dem LEB abgestimmt und durchgeführt. Weiterführende Informationen veröffentlichen wir in einer der nächsten Ausgaben, wenn wir den neuen Ansprechpartner vorstellen können und weitere Gespräch mit den Verantwortlichen geführt werden konnten.

Gabriele Weindel-Güdemann



Helga Wagner, ganz rechts, im Kreis ihrer Kolleginnen



Helga Wagner, links, packt ihre Abschiedsgeschenke aus

Begonnen hat wohl alles mit einer Diplomarbeit, die Sie 1997 zum Thema „Unterrichtsbezogene Elternbildung im Rahmen der Elternarbeit in der Grundschule“ an der Pädagogischen Hochschule Heidelberg einreichte. Es war ihr ein Anliegen, Schule zum Lernort auch für Eltern werden zu lassen.

Zusammenkünfte, die durch überschäumende Kritik völlig aus dem Ruder gelaufen sind, steigern nicht gerade die Bereitschaft der Beteiligten, sich am Schulleben ihrer Kinder aktiv zu beteiligen oder freudig einen Elternabend auszurichten.